Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Leipzig 21366. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 132. **Donnerstag, 9. Juni 1921, abends.** **74. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 80 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag zerfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Auf Blatt 485 des Handelsregisters, die Firma **Mühlenwerke Oelsitz**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Oelsitz, betr., ist heute eingetragen worden: Der Geschäftsführer **Georg Thomas** ist **ausgeschieden**. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Mühlendirektor **Otto Röser** in Oelsitz.

Amtsgericht Riesa, den 7. Juni 1921.

Salzbohnen.

Ein kleiner Posten Salzbohnen zum Preise von 20 Pfg. für das Pfund ist noch in nachgenannten Geschäften erhältlich:

Firma **Alfred König**, Riesa, Großenhainer Straße 3,
Firma **Otto Schmidt**, Riesa, Kaiser-Wilhelm-Platz 9.

Der Rat der Stadt Riesa — Wohlfahrtsamt —, den 7. Juni 1921. Gßm.

Elbbad in Gröba.

Nachdem durch das Straßen- und Wasserbauamt Meißen für die Gemeinde Gröba unterhalb des sogenannten Hegers ein Badeplatz abgesteckt worden ist, wird hiermit angeordnet, **daß das Baden in der Elbe nur an dem abgesteckten Platz stattfinden darf.** Die Badenden haben ausnahmslos Badehosen oder Badeanzüge zu tragen.

Der Zugang zu dem Badeplatz ist entlang des Elbdammes bei dem Schloß Gröba oder der Feldstraße auf dem durch Pfähle abgesteckten Weg durch die Weiden und unterhalb der Weiden auf dem getretenen Weg bis zu dem abgesteckten Badeplatz zu nehmen. Das Betreten der angrenzenden Wiesen ist nicht gestattet und wird hiermit ausdrücklich verboten. Die Badenden dürfen sich am Ufergelände nur unmittelbar am Badeplatz selbst und bis zu 100 m oberhalb des Badeplatzes auf dem Ufergelände lagern und die Kleider ablegen. Das Abbrechen von Weidenruten wird ebenfalls verboten, da die Weidenanpflanzungen zu schonen sind.

Den Anordnungen der staatlichen Aufsichtspersonen, der Polizeibeamten sowie der Vorstandsmitglieder des Schwimmvereins „Freie Schwimmer" ist unbedingt Folge zu leisten.

Zuwiderhandlungen gegen die erlassenen Anordnungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder entsprechender Haft geahndet.

Gröba (Elbe), am 8. Juni 1921. **Der Gemeindevorstand.**

Der Reichskanzler im Reichswirtschaftsrat.

In der gestrigen Sitzung des **Reichswirtschaftsrates** ergriff vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichskanzler Dr. **Wirth** das Wort und führte aus:

Die Lage ist durch unser Ja-Wort geklärt. Ungeklärt ist die Frage der Regelung der Einzelheiten, die aus dem Ultimatum erwachsen. Wir haben in unserer **auswärtigen Politik**, auch was die oberschlesische Frage angeht, dem Gedanken Rechnung getragen, der der Leitstern unserer Politik ist. Auch in der **oberschlesischen Frage** haben wir versucht, das Verhältnis der Deutschen zur Interalliierten Kommission und zu den Polen auf dem Boden der Verständigung zu lösen, ohne daß die Waffen im Bürgerkrieg das letzte Wort zu sprechen haben, und ohne daß ein allgemeiner Wirrwarr in Europa entsteht. Das Recht, daß die oberschlesische Frage auf dem **Boden des Rechts gelöst** werden muß, ist eins der wenigen uns verbliebenen Rechte. Aber von diesem Rechte, daß die oberschlesische Frage nicht durch Diktatur entschieden werden darf, dürfen wir niemals ablassen. (Lebhafter Beifall.) Nun handelt es sich darum, daß wir in der oberschlesischen Frage **nicht die Nerven** verlieren. Es können da und dort Störungen eintreten und sind eingetreten, aber darüber ist sich doch die Welt klar, daß das deutsche Volk in Oberschlesien und der Selbstschutz eine Engelsgeduld an den Tag gelegt haben, die die Welt selbst schwer verstehen kann. (Sehr richtig!) Diese Geduld machen wir ihnen auch fernerhin zur Pflicht, daß sie ausharren, bis durch einen **Schiedsspruch** der alliierten Mächte die Frage gelöst ist. Sie kann nur gelöst werden unter gerechter Würdigung des oberschlesischen Plebiszits. Das ist der Ausdruck des demokratischen Lebens, und ich wüßte nicht, wie Mächte, die sich selbst zur Demokratie bekennen, an dem offenen Bekenntnis des oberschlesischen Volkes, das sich mit großer Mehrheit für Deutschland entschieden hat, vorbei gehen können. (Sehr richtig!) Das wird der Prüfstein sein für die demokratische Entwicklung Europas, ob das Recht des oberschlesischen Volkes Gehör findet, und es muß Gehör finden.

Damit habe ich die erste Gelegenheit benutzt, um mich in Ihrer Mitte vorzustellen, um Sie zu bitten um Ihre Mitarbeit an der großen Frage der **Erfüllung des Ultimatums**. Die jetzige Regierung will erfüllen, was in Menschenkräften steht. Allein das **Leistungsprinzip** kann die Welt von dem guten Willen des deutschen Volkes überzeugen, alles aufzubieten, was in Menschenkräften liegt. Dazu brauche ich Ihre Mitarbeit. In den nächsten Wochen und Monaten wird sich entscheiden, ob der Reichswirtschaftsrat im deutschen Volk eine große Bedeutung bekommt oder nicht. Ich werde jederzeit in den großen Fragen, die es zu lösen gilt, Gelegenheit nehmen, in den Ausschüssen — dort liegt ja der Schwerpunkt Ihrer Arbeit — mit Ihnen die nötigen Maßnahmen zu beraten. (Beifall.) Es handelt sich insbesondere um die **Ausfuhrabgabe**, um die Einführung eines neuen Index. Davon hat sich die Welt wohl heute schon überzeugt, daß die Form, in der die 26%ige Ausfuhrabgabe getätigt werden soll, nicht Rücksicht nimmt auf die Belebung der deutschen Wirtschaft. Die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft sind auch Schwierigkeiten für die europäische und die gesamte Weltwirtschaft.

Der Schwerpunkt liegt jetzt in den **Einzelaufgaben**. Wir müssen **innere Leistungen** vollbringen zur Erfüllung der Reparationsaufgaben. Das ist die gigantischste Aufgabe, die die Welt je gesehen hat. Ich erinnere mich noch aus den Tagen der Nationalversammlung, als damals die ersten Probleme der steuerlichen Gesetzgebung vorgelegt wurden, wie pessimistisch alles beurteilt worden ist! Schauen Sie heute die Steuereingänge der letzten Monate an, — niemand hätte damals geglaubt, daß wir in einer so verhältnismäßig kurzen Zeit des Veranlagungsgeschäftes alles in allem **weit über 40 Milliarden Mark** im Geschäftsjahre 1920 immerhin vereinnahmt haben. Politik ist der Weg des Optimismus, der Weg des Mutes, der die Dinge angreift.

Die **Zucker- und Süßstoffsteuer** liegt beim Reichsrat, die **Branntweinvorlage** ist bereits in seinen Ausschüssen durchberaten und wird dem Reichstag schon in der nächsten Woche zugehen. Die **Kapitalverkehrssteuern** sind im Finanzministerium fertig, und dieses wird Ihnen die Vorlagen in den nächsten Tagen zur Beurteilung vorlegen. Die **Getränkesteuer** ist auch vorberaten. Dasselbe ist der Fall bei der **Umsatzsteuer**, die auch in wenigen Tagen in der Beratung soweit fortgeschritten ist, daß mit Ihren Ausschüssen Fühlung genommen werden kann. Dieses letzte Problem berührt sich mit der Frage, inwieweit die Ausfuhrabgabe mit dem inneren Umsatz in Verbindung gesetzt werden kann.

Bei günstigster Ausgestaltung der in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwürfe werden wir dem Reich einen sehr großen Teil neuer Einnahmen zuführen können. Dann allerdings werden neue Probleme auftauchen im Zusammenhang mit der Kohle und wie weit das Reich genötigt sein wird, die Frage der Goldwerte zu diskutieren. Bekommen Sie nicht gleich rote Köpfe! Ich persönlich werde mich freihalten von **jedem Experiment**, das von vornherein den Charakter des Experiments an der Stirn trägt. (Beifall.) Aber wenn unsere Politik von Erfolg sein soll — und sie war doch nicht ganz ohne Erfolg, denn die internationale Entspannung der Welt ist eine außerordentliche gewesen —, dann müssen wir diese Entspannung aufrecht erhalten, pfleglich behandeln, damit neuer Zündstoff nicht entstehen kann. (Sehr richtig!)

Alle Kreise des Volkes müssen sich darüber klar sein, daß **ohne Opfer** ein Weg zur Freiheit für das deutsche Volk nicht gefunden werden kann. Nicht der Gedanke der Schlachtfelder und neuer Kämpfe weist der deutschen Regierung Ziel und Weg, sondern **durch Arbeit, durch Produktion** allein kann die Freiheit dem Vaterlande wieder gewonnen werden. In diesem Gedanken bitte ich Sie um Ihre Unterstützung und tatkräftige Mitarbeit. (Lebhafter Beifall.)

Die Besprechung der Rede des Reichskanzlers wurde auf Antrag des Direktors Dr. **Krämer** nicht sofort erledigt. Vielmehr wurde beschlossen, die Ausschüsse auf Donnerstag nachmittag 3 Uhr zu einer gemeinsamen geschlossenen Sitzung einzuberufen, um weitere Mitteilungen über die Einzelheiten der neuen Regierungsvorschläge entgegenzunehmen.

Der Reichswirtschaftsrat trat alsdann in die Besprechung des Gesetzes über die **Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat** ein. Im Ausschuß ist darüber ein Kompromiß zustande gekommen. Hiernach finden auf die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder die gesetzlichen Bestimmungen Anwendung, die für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder gelten. Die Beratung wird heute fortgesetzt.

Unterredung mit General Höfer.

General Höfer, der Führer des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien, empfing in seinem Hauptquartier den Vertreter des „Berl. Tgbl.". General Höfer, bedauerte die zögernden Maßnahmen der interalliierten Truppen, die viel zu langsam vorgingen. Seiner Ansicht nach müßten schleunigst alle Kräfte in das Industriegebiet geworfen, die deutschen Städte befreit und das Industriegebiet vor polnischen Verwüstungen geschützt werden. Alsdann müßte ganz Oberschlesien systematisch zurückerobert werden. Mit den Engländern und Italienern besteht eine gewisse Fühlung, indem militärische Befehle gegenseitig mitgeteilt werden. General Höfer bedauerte auch den Zwischenfall mit den Franzosen in Kalinow, der nur darauf zurückzuführen sei, daß zwischen den Franzosen und Deutschen keine Fühlung besteht. Wie ungenügend die Maßnahmen der Interalliierten Kommission sind, geht aus folgendem Zwischenfall hervor: Die Stadt **Ratibor wurde von polnischer Artillerie beschossen.** Ein dringender Hilferuf bei den Engländern wurde damit beantwortet, daß der englische Oberbefehlshaber erklärte, dafür nicht zuständig zu sein.

General Höfer erklärte ferner, daß er die **Besetzung von Gleiwitz** durch die Engländer für den Anfang einer **Säuberungsaktion** halte. Sollten die alliierten Truppen für die energische Säuberung des Industriebezirkes nicht ausreichen, so sei der Selbstschutz bereit, sich interalliiertem Befehl unterzuordnen und alle ihm übertragenen Aufgaben restlos und loyal durchzuführen. Höfer betonte, daß er mit offenen Karten spiele. Er habe seine sämtlichen Karten und Pläne dem englischen Oberbefehlshaber übergeben. Zum Schlusse seiner Ausführungen hob Generalleutnant Höfer hervor, daß der Selbstschutz keine Parteipolitik treibe; er sei lediglich dazu da, die oberschlesische Heimat vor den Einfällen der polnischen Insurgenten zu schützen, solange die interalliierte Kommission nicht mächtig genug sei, dies selbst zu tun.

Die Lage am Mittwoch.

Mit Ausnahme einiger örtlicher Kampfhandlungen herrschte gestern im allgemeinen an der von den polnischen Banden besetzten Linie Ruhe. Stärkere Feuertätigkeit bei **Wisloka**. Angriffe der Insurgenten gegen den Güterbahnhof **Kandrzin** scheiterten. Die Stadt **Ratibor** wurde gestern morgen von **polnischer Artillerie beschossen.** Von den Bürgern der Stadt wurde einer getötet und mehrere verwundet. Aus Ratibor wird hierüber gemeldet: Früh gegen 4 Uhr unternahmen die Polen einen heftigen Feuerüberfall auf den Vorort Plania, wobei sie vorzustoßen versuchten. Sie wurden jedoch durch schwere und leichte Maschinengewehre und Gewehrschnellfeuer zurückgetrieben. Darauf belegten sie die Stadt Ratibor und hauptsächlich die über die Oder führende Bernert-Brücke und die Schloßbrücke mit Granaten und Minen, richteten aber keinen nennenswerten Schaden an. Auf der Oderstraße durchschlug eine Granate das Dach eines Hauses, ohne jedoch zu krepieren. In der Stadt wurden Gewehrgeschosse aufgefunden, die deutlich als Explosivgeschosse und zu Dumdumgeschossen umgeänderte Kugeln österreichischer Herkunft zu erkennen waren. In den letzten Tagen wurden von einer verirrten Kugel 10 Personen verwundet, darunter 1 Soldat schwer.

Wie gemeldet wird, ist Rosenberg gestern abend von den vorrückenden englischen Truppen ohne Widerstand besetzt worden. Die polnischen Insurgenten erhielten für den bewaffneten Abzug eine Frist von einer Stunde. Heute morgen soll der Vormarsch der englischen Truppen gegen Zembowitz und Schirkau fortgesetzt werden. Rosenberg soll heute, Donnerstag, durch deutsche Abstimmungspolizei besetzt werden. Zu irgendwelchen Zwischenfällen mit den deutschen Kampfverbänden ist es bei dieser englischen Aktion nicht gekommen.

Der oberschlesische Berichterstatter der „Vossischen Zeitung" berichtet über **grauenhafte Verwüstungen** der polnischen Insurgenten in **Kandrzin**. Die Polen haben besonders in den Beamten- und Arbeiterwohnungen alles vollkommen verwüstet, zerschnitten und besudelt. Auch auf dem Schlosse des Prinzen Hohenlohe-Oeringen wurde alles Inventar zerstört. Die evangelische Kirche in Kandrzin wurde durch polnisches Granatfeuer schwer beschädigt.

Wie der „Lokalanzeiger" aus Oppeln meldet, haben die Behörden der polnischen Aufständischen Verfügungen über die Angliederung der auf dem rechten Oderufer gelegenen Teile des Kreises **Ratibor** an den Kreis **Rybnik** und der auf demselben Ufer gelegenen Teile des Kreises **Cosel** an den Kreis **Gleiwitz** erlassen.

Churchill über eine Zusammenarbeit Englands, Frankreichs und Deutschlands.

Churchill erklärte in einer Rede in Manchester, die einzige Bürgschaft für einen dauernden Frieden beruhe in der Erreichung einer **Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland.** Churchill sagte: Wir müssen den französischen Standpunkt mit einem feindlichen Deutschland jenseits seiner Grenze begreifen. Frankreich hat von Großbritannien und Amerika keine Zusicherung der Hilfe für den Fall erhalten, daß die Ereignisse von 1914 sich wiederholen sollten. Begreifliche Besorgnisse habe Frankreichs Politik in eine Bahn geführt, die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns hervorgerufen hat. Möge Großbritannien dazu bestimmt sein, die Zwistigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland zu mildern.

Nach Reuter machte Churchill im wesentlichen folgende Ausführungen: Wohin gehen wir in Europa? Hat der große Krieg die Sicherheit für einen dauernden Frieden gebracht? Es führt zu nichts, bloß über den Frieden zu reden, wenn er nicht einen solchen Kurs steuert, daß der Friede von den kämpfenden und leidenden Völkern tatsächlich vollendet, gesichert und aufrechterhalten wird. Wenn wir Europa wieder auf die Füße stellen wollen, gibt es meiner Meinung nach nur einen einzigen Weg: Es muß aufrichtiger Friede zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland bestehen.

Der englisch-französische Bundesgedanke.

Lord Derby, der Führer der englischen Unionisten und Vorkämpfer des englisch-französischen Bündnisgedankens, ist aus Paris nach London zurückgekehrt. In England hat die Anregung Derbys offenbar keinen Erfolg gehabt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Im Waldenburger Kohlenrevier sind Mittwoch keine Bergarbeiter eingefahren. Es sollte am Mittwoch eine nochmalige Urabstimmung über Abbruch oder Fortsetzung des Streiks stattfinden. Schutzpolizei ist in geringem Umfange eingesetzt worden. — Aus Waldenburg wird ferner unterm 9. Juni gemeldet: Der Ausstand im Waldenburger Bergrevier I, der von der Streikleitung als beendet bezeichnet worden war, hat dadurch eine Verschärfung erfahren, daß die radikalen Elemente beschlossen haben, weiter zu streiken und die Massen sich den kommunistischen Führern angeschlossen haben. Demonstrationszüge und Versammlungen wurden veranstaltet. Zu Ausschreitungen ist es bisher nicht gekommen.

Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm gestern den Gesetzentwurf über **Volksentscheid** in erster Lesung an.

Die Neuregelung der Brotversorgung. Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft nahm den Gesetzentwurf über die Neuregelung der Brotversorgung in erster und zweiter Lesung im wesentlichen in der Fassung der Regierungsvorlage an, wonach das Umlagesystem Gesetz wird. Minister **Hermes** erklärte, er glaube persönlich, daß, wenn nicht ganz unvorhergesehene Umstände eintreten, das Umlageverfahren der Schritt in die freie Wirtschaft für 1922 sein werde.

Die Urabstimmung der Berliner Buchdrucker darüber, ob in den **Streik** eingetreten werden soll oder nicht, hat folgendes Ergebnis gehabt: Abgegeben wurden 17 464 Stimmen. Davon lauteten 10 620 Stimmen für und 6824 Stimmen gegen den Streik. Die Zweidrittelmehrheit, die für die Proklamierung eines Streiks erforderlich ist, ist also nicht erreicht worden.

Die Entwaffnung in Bayern in vollem Gange. Die „Münch. N. N." melden: Die Durchführung der Entwaffnung in Bayern nimmt einen raschen Fortgang. Sie